

Von: [REDACTED]
Gesendet: Montag, 13. Mai 2013 16:55
An: volker.kauder@cducsu.de
Betreff: Kompromissvorschlag Gesetzesinitiative Erdgasförderung/Fracking

Lieber Volker,

vielen Dank für das soeben telefonisch geführte Gespräch. Ich halte es nach wie vor für zielführend, einen Gesetzentwurf einzubringen, damit Erdgasförderung in Deutschland klar geregelt wird. Obwohl ich von Beginn an dafür plädiert habe, vor dem Entwurf eine Klammer zu ziehen und ein Moratorium für Fracking umzusetzen, haben ich und viele Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU-Fraktion uns kompromissbereit gezeigt, und dem jetzt vorliegenden Entwurf zugestimmt.

Betonen möchte ich noch einmal, dass wir uns anfänglich durch die Reduzierung ausschließlich auf Fracking im Schiefergasbereich angreifbar gemacht haben und wir nicht den Kern der gesamten und zum Teil erheblich schwierigeren Problematik der gesamten Erdgasförderung aufgreifen.

Derzeit agiert die Opposition, und leider auch unsere eigenen Leute, ausschließlich mit dem Angstbegriff Fracking. Wir können aber sicher sein, dass nach Einstampfen unseres Entwurfes, die Opposition sofort den Hebel umlegen wird und uns Versagen bei der gesamten Förderung von Erdgas und Erdöl vorwerfen wird. Die brauchen Themen für den Wahlkampf, gerade die Grünen!

Ich möchte daher noch einmal den Versuch unternehmen, einen Moratoriums Vorschlag zu unterbreiten dem nach meiner Einschätzung auch die FDP zustimmen kann:

Wir ziehen vor unserem Gesetzentwurf eine Klammer und untersagen solange die Genehmigung von Fracking bis der Austausch der Frac-Fluide durch ungiftige Stoffe stattgefunden hat. Dieses Moratorium beziehen wir ausschließlich auf den Schiefergasbereich (1000m-1500m), da wir uns dort näher an wasserführenden Schichten befinden als im konventionellen Bereich (3500-5000m).

Dies hätte den Charme, dass, wie von unseren Wirtschaftsleuten, der FDP und der Industrie gefordert, eine Förderung im konventionellen Bereich (auch unter Einsatz der Fracking-Technologie, die seit den 60er Jahren in Niedersachsen erfolgreich und unproblematisch genutzt wird) weiterhin machbar ist. Zwar unter Auflagen von UVP und nicht mehr im Wasserschutzgebieten, aber wie gesagt, weiterhin möglich ist.

Dies unterscheidet uns auch von der Laumann- und Seehofer-Forderung, die generell für alle Vorhaben, egal ob konventionell oder unkonventionell, ein Fracking Moratorium möchten. Da allerdings beide, da sie in ihren Ländern so gut wie keine konventionelle Förderung vorzuweisen haben, sicherlich nur durch die Fracking Technologie zu bergendes Schiefergas meinten.

Dies würde auch den Bodensee betreffen, da hier nur Schiefergasvorkommen gehoben werden könnten und diese durch das Schiefergas Moratorium ausgeschlossen sind.

Mit einem Fracking-Moratorium ausschließlich für Schiefergasvorkommen, müsste zum jetzigen Zeitpunkt auch die Industrie leben können, da überhaupt noch gar nicht absehbar ist, ob überhaupt nennenswerte Anstrengungen übernommen werden, diese Gase zu fördern.

Wir gewähren so eine Art Bestandsschutz und schließen das in der Risikobewertung noch nicht abgeschlossene Frackingvorhaben in geringer Tiefe aus. Gleichzeitig regeln wir die konventionelle Erdgasförderung gerade mit der Problematik der Entsorgungsfrage durch hochgradig benzol- und quecksilberbelastetes Lagerstättenwasser. Dies ist ja auch abgestimmt und unstrittig.

Lieber Volker, wir müssen der FDP klar machen, dass dieses Thema ein Schwerpunkt im kommenden Wahlwettbewerb mit rot-rot-grün sein wird und wir nur durch eine vernünftige Umsetzung dieser Frage unsere erfolgreiche Koalition fortführen können.

Ein Festhalten am Status Quo hilft uns im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen nicht, in Baden-Württemberg nicht und in Niedersachsen auch nicht. Gerade in Baden-Württemberg werden wir es gegen die Grünen schwer haben, wenn wir die Gesetzesinitiative nicht einbringen und dadurch den Status Quo zementieren. Dann können – auch im Bodensee-Gebiet – ohne Beteiligung der zuständigen Wasserbehörden, ohne eine Umweltverträglichkeitsprüfung Frackingvorhaben genehmigt werden. Wie oben erwähnt, werden die Grünen den Hebel direkt umlegen. Dann werden sie uns vorwerfen, dass der Bund nicht nur kein Moratorium verhängt hat, sondern noch nicht einmal die Hürden höher gelegt hat durch die schon vorliegende Gesetzesinitiative und so dem Fracking Tür und Tor geöffnet hat. Wenn wir diese Gesetzesinitiative mit den enorm erhöhten Hürden als Fraktion mit Dir als Baden-Württemberger an der Spitze jetzt stoppen, werden sie uns und vor allem Euch in Baden-Württemberg das im Wahlkampf richtig um die Ohren hauen und wir haben dann keinerlei Möglichkeit, dem argumentativ zu begegnen. Gerade in Baden-Württemberg befürchte ich dann erhebliche Verluste für unsere CDU, genauso wie in NRW und bei uns in Niedersachsen. Ich erinnere noch einmal an die Landtagswahl in Niedersachsen, wo die schwarz-gelbe Koalition das Thema bis zum Schluss nicht abräumen konnte und wir nicht nur Stimmen an die FDP abgegeben haben (Diskussion um Zweitstimmen-Kampagne), sondern vor allem auch in den Bereichen, in denen Fracking ein Thema war, massiv Stimmen an die Grünen verloren haben. Ähnliches wird uns auch im Bundestagswahlkampf blühen.

Der oben genannte Kompromiss erscheint mir ein guter Weg, um die Forderungen aus unseren Reihen (Moratoriums-Forderungen aus NRW und Bayern sowie Forderungen nach Lösung der Bodensee-Problematik) mit den Forderungen der FDP in Einklang zu bringen.

Ich wäre Dir dankbar, wenn Du diesen Vorschlag noch einmal mit der FDP, den NRWlern und mit Deinen Kollegen aus Baden-Württemberg besprechen könntest und hoffe, dass es doch noch eine Chance gibt, das Thema vor dem Wahlkampf abzuräumen. Ich wünsche Dir viel Erfolg und danke Dir ganz herzlich für Deine Unterstützung.

Dein

[Redacted Signature]

[Redacted Name]

Mitglied des Deutschen Bundestages

PLH, Raum [Redacted]

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 - 227 [Redacted]

Fax. 030 - 227 [Redacted]

Email: [Redacted]@bundestag.de

www. [Redacted]